N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 19.03.2025

öffentlich

Ort:	**Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale),**
Zeit:	**16:01 Uhr bis 16:42 Uhr**
Anwesenheit:	**siehe Teilnahmeverzeichnis**

Anwesend waren:

Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion
Donatus Schmidt	AfD-Stadtratsfraktion, Vertretung für Hr. Heym
Thorben Vierkant	AfD-Stadtratsfraktion
Christoph Bernstiel	CDU-Stadtratsfraktion
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion, Vertretung für Hr. Riedel
Katja Müller	Fraktion Die Linke
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr.med. Detlef Wend	Fraktion Volt/MitBürger
Andreas Wels	Fraktion Hauptsache Halle
Tim Kehrwieder	Fraktion der FDP / FREIE WÄHLER Vertretung für Hr. Silbersack

Verwaltung

Egbert Geier	Bürgermeister Beigeordneter für Finanzen und Personal
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete für Kultur und Sport
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
René Rebenstorf	Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Thomas Stimpel	Referent für Finanzen und Personal
Marco Schreyer	Leiter Fachbereich Recht
Steffen Johannemann	Leiter Abteilung Umweltrechtlicher Vollzug
Maik Stehle	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion
Jan Riedel	CDU-Stadtratsfraktion
Andreas Silbersack	Fraktion der FDP / FREIE WÄHLER

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herr Bürgermeister Geier** eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bürgermeister Geier schlug vor, folgenden Tagesordnungspunkt vor der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 7.1
Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Erarbeitung eines Aktionsplans „Korrekte Kennzeichnung Wertstofftonne“
Vorlage: VIII/2025/00728

- ➔ **Vorschlag: absetzen**
- ➔ **Im Fachausschuss zurückgezogen**

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Somit bat **Herr Bürgermeister Geier** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde

4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 19.02.2025

5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

5.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 19.02.2025
Vorlage: VIII/2025/00900

6. Beschlussvorlagen

7. Anträge von Fraktionen und Stadträten

7.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Erarbeitung eines Aktionsplans „Korrekte Kennzeichnung Wertstofftonne“
Vorlage: VIII/2025/00728 **A B G E S E T Z T**

7.2. Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Erstellung einer Wahlbilanz für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/00837

8. Mitteilungen

8.1. Mitteilung zur Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Igelschutz
Vorlage: VIII/2025/00829

9. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

10. Anregungen

11. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 19.02.2025

12. Beschlussvorlagen

13. Anträge von Fraktionen und Stadträten

14. Mitteilungen

15. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

16. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

---

zu 3.1 Fragesteller 1 zu 500 Jahre Bauernkrieg

Fragesteller 1 fragte, ob die Stadt anlässlich des 35. Jahrestages der ersten Freien Volkskammerwahlen in der DDR eine Feier plant. Er wies auf ein weiteres bedeutendes Jubiläum hin, das 500-jährige Ende des deutschen Bauernkriegs im Jahr 1525.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass im kulturellen Bereich etliche Veranstaltungen organisiert werden. Sie sicherte eine schriftliche Aufstellung zu.

Fragesteller 1 regte an, auch dieses ältere Jubiläum zu berücksichtigen, insbesondere da eine Schule in der Stadt nach Münster benannt ist.

Herr Bürgermeister Geier nahm die Anregung auf.

zu 3.2 Fragesteller 2 zum gesellschaftlichen Engagement

Fragesteller 2 bezog sich auf ein Friedensbündnis, das sich aus verschiedenen Gruppen, Organisationen und Privatpersonen zusammensetzt. Das Bündnis hat Interesse, mit der Stadt zusammenzuarbeiten, insbesondere im Hinblick auf die Vorbereitung des Ostermarsches. Er fragte, an wen man sich für Gespräche über gemeinsame Aktivitäten wenden kann.

Herr Paulsen sagte, dass schon vor einiger Zeit ein Gespräch mit Fragesteller 2 im Dienstleistungszentrum Bürgerengagement geführt wurde. Er wies darauf hin, dass man sich mit Themen, die sich jenseits solcher Themen wie Versammlungen zum Ostermarsch bewegen, weiterhin an das Dienstleistungszentrum Bürgerengagement wenden kann.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 19.02.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 19. Februar 2025. **Herr Bürgermeister Geier** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

---

zu 5.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 19.02.2025
Vorlage: VIII/2025/00900

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vor dem Sitzungssaal ausgehängt und somit bekannt gegeben sind.

zu 6 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

---

zu 7.2 Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Erstellung einer Wahlbilanz für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/00837

Herr Dr. Wend führte in den Antrag seiner Fraktion ein und hob die Bedeutung eines fairen und gut organisierten Wahlablaufs in einem demokratischen Staat hervor. Er bezog sich auf die Verbesserungsbedarfe bei der Wahl des Behindertenbeirates, insbesondere im Bereich der Wahlbenachrichtigung und Briefwahl. Ziel des Antrags ist es, die Wahlprozesse zu verbessern.

Herr Bürgermeister Geier betonte, dass die Verantwortung für die Auswertung von Wahlen bei der Wahlleitung liegt und nicht bei einem Hauptverwaltungsbeamten. Er wies auf die ablehnende Stellung der Verwaltung hin und dass eine Berichterstattung zur Auswertung der Wahlleitung für das dritte Quartal 2025 geplant ist.

Herr Dr. Wend sagte, dass diese Evaluation nicht nur intern erfolgen sollte, sondern auch externe Perspektiven berücksichtigt werden müssen, um konstruktive Kritik zu integrieren. Er wies darauf hin, dass es formale Probleme gibt, und zog im Namen seiner Fraktion den Antrag zurück.

Frau Ranft äußerte das Interesse an der Annahme der Briefwahlstelle im aktuellen Jahr. Sie fragte, ob die Briefwahlstelle im nächsten Jahr wieder am gleichen Ort eingerichtet wird, da es lange Warteschlangen gab, oder ob es Gründe gibt, die dagegensprechen.

Frau Dr. Marquardt bestätigte, dass die Nutzung der Briefwahlstelle ausgewertet wird. Die Anzahl der Besucher nimmt bei jeder Wahl zu. Sie verwies auf Hinweise, dass einige Personen die Briefwahlstelle in Neustadt bevorzugt hätten, da der Zugang mit dem Auto dort einfacher ist.

Herr Bürgermeister Geier wies darauf hin, dass die Einrichtung von Briefwahlbüros im Stadthaus und in Halle-Neustadt personelle Ressourcen des Bürgerservice erfordert. Er betonte, dass dies Auswirkungen auf die Terminplanung haben kann.

Frau Müller sagte, dass während des Wahlkampfs ein Gespräch mit einem Wohnungslosen stattgefunden hat, der behauptete, in Halle nicht wählen zu können. Sie fragte, an wen sich betroffene Personen wie Wohnungslose wenden können, um Informationen über den Wahlprozess zu erhalten. Sie merkte an, dass möglicherweise Informationsdefizite bestehen, die behoben werden sollten.

Herr Bürgermeister Geier schlug vor, diesen besonderen Einzelfall nochmal mit in die Auswertung zu nehmen.

Herr Raue bezog sich auf Frau Ranfts Frage zum Briefwahllokal in Halle-Neustadt, wo es für Menschen günstiger sei, dies zu erreichen.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass ein paar Leute gesagt haben, Neustadt könnten sie besser erreichen.

Herr Raue bezog sich auf die Diskussion über das neue Bürgerzentrum und die neue Bürgerservicestelle. Er betonte die Notwendigkeit, Parkplätze für die Nutzer dieser Einrichtungen zu schaffen, da Parkplätze auch für Wähler wichtig sind. Er sagte, dass dies für jede Bürgerservicestelle gilt, unabhängig von der Anbindung, und stellte fest, dass dies jedoch nicht direkt mit dem aktuellen Antrag zu tun hat.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass in der Stellungnahme der Verwaltung keine Informationen zu Parkplätzen enthalten sind. Er betonte, dass die Parkplatzsituation im Stadthaus anders ist als in Neustadt.

Herr Dr. Wend sprach seinen Dank an alle Wahlhelfer aus, die an den Wahlen mitgewirkt haben. Er wies darauf hin, dass die Eröffnung weiterer Wahllokale zusätzliche Ressourcen erfordert. Er schlug vor, eine Umfrage unter den Wahlhelfern durchzuführen und die Ergebnisse dieser Umfrage in die Auswertung einzubeziehen, da die Wahlhelfer wertvolle Erfahrungen gemacht haben.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **zurückgezogen**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Evaluation der Organisation der Wahlen im Stadtgebiet (Wahlbilanz) für die Jahre 2024 und 2025 zu erstellen.
   a. Die Wahlbilanz soll formal-organisatorische Aspekte (z.B. Abwicklung der Briefwahl) sowie Aspekte der Gewährleistung der Teilhabe (z.B. von Menschen mit Behinderungen, EU-Drittstaatsangehörigen, Wohnungslosen) berücksichtigen und Defizite sowie Verbesserungsmöglichkeiten und ggf. geplante Maßnahmen aufzeigen.
   b. Im Zuge der Erstellung sind Stellungnahmen relevanter Interessengruppen (z.B. Behindertenbeauftragter und -beirat, Migrationsbeauftragter und -beirat, Akteure der Wohnungslosenhilfe) einzuholen und von der Stadtverwaltung in der Bilanz abzuwägen.
2. Die Wahlbilanz ist dem Stadtrat bis spätestens Ende 2025 als Informationsvorlage zur Kenntnis zu geben.

zu 8 Mitteilungen

---

zu 8.1 Mitteilung zur Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Igelschutz Vorlage: VIII/2025/00829

Herr Rebenstorf erklärte, dass derzeit keine zuverlässigen Daten vorliegen, um die Situation einzuschätzen. Daher wird in Zusammenarbeit mit dem Zoo Halle eine Untersuchung durchgeführt, um eine gesicherte Datenbasis zu erstellen. Im Herbst wird entschieden, ob eine Allgemeinverfügung sinnvoll ist.

Herr Raue fragte, welche Methoden zur Datenerhebung eingesetzt werden.

Herr Johannemann erklärte, dass in der Regel verletzte Tiere beim Zoo abgegeben werden. Dort werden sie ein bisschen aufgepäppelt. Danach sind diese für die Fallzahlen verfügbar.

Frau Müller bezog sich auf eine Idee, Drohnenflüge zu nutzen, um versteckte Tiere wie Rehkitze vor dem Einsatz von Mährobotern zu schützen. Sie fragte, ob die Stadt über Drohnen verfügt, um solche Kontrollen auf öffentlichen Flächen durchzuführen.

Herr Rebenstorf betonte, dass jeder, der elektrische Geräte wie Rasenmäher nutzt, die Verantwortung dafür trägt, dass dabei keine Unfälle passieren. Er hob die Eigenverantwortung hervor, insbesondere wenn Kinder oder Haustiere in der Nähe sind, und erklärte, dass unabhängig vom Einsatz von Mährobotern Hinweise zum sicheren Betrieb elektrischer Geräte gegeben werden sollten. Er stellte klar, dass in öffentlichen Grünflächen weiterhin manuelle Rasenmäher verwendet werden und keine automatischen Geräte im Einsatz sind.

zu 9 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

---

zu 9.1 Anfrage des Stadtrates Tim Kehrwieder zur Initiative für einen handlungsfähigen Staat

---

Herr Kehrwieder fragte, ob der Verwaltung die Initiative für einen handlungsfähigen Staat bekannt ist und wenn ja, welche Elemente davon möglicherweise umgesetzt werden.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass der Verwaltung die Initiative nicht bekannt ist, sie jedoch plant, die Inhalte zu beurteilen.

zu 9.2 Anfrage des Stadtrates Alexander Raue zu Sichteinschränkungen durch Büsche Ausfahrt Hauptbahnhof

---

Herr Raue wies darauf hin, dass Büsche an der Ausfahrt des Hauptbahnhofs in Richtung Delitzscher Straße die Sicht für Fahrzeuge beeinträchtigen. Er fragte, ob diese Büsche zurückgeschnitten werden können.

Herr Rebenstorf antwortete, dass dem Anliegen nachgegangen wird.

zu 9.3 Anfrage des Stadtrates Thorben Vierkant zur JVA

Herr Vierkant bezog sich auf die Bürgerversammlung in Weißenfels, wo verkündet wurde, dass in Halle 440 Haftplätze geschaffen werden, obwohl in den Justizvollzugsanstalten in Halle 614 Haftplätze waren. Er fragte, weshalb es weniger Haftplätze geben wird.

Herr Rebenstorf erklärte, dass die Stadt lediglich für das Planungsrecht zuständig ist. Er wies darauf hin, dass in Halle eine Reduzierung stattfindet, während in Volkstedt entweder bereits Ausbauten im Bau sind oder geplant werden. Er betonte jedoch, dass diese Aussage ohne Gewähr ist.

zu 9.4 Anfrage des Stadtrates Dr. Detlef Wend zu Sprachmittlern an Schulen

---

Herr Dr. Wend fragte, wie der aktuelle Stand bei den Sprachmittlern an Schulen ist.

Herr Paulsen sagte, dass sich Festangestellte Sprachmittlungskräfte beim Träger nicht darstellen lassen, weil die Fallzahlen das vorhandenen Stundenvolumen nicht abdecken. Es wird an einer Poollösung gearbeitet, über den die Schulen Sprachmittlungen bekommen können. Er sagte, dass alle Stellen besetzt wurden, aber die Nachfrage nicht bedient wurde. Es wurde sich teilweise auf weniger als einen Einsatz pro Woche bezogen. Er sagte, dass es dringend geboten ist, das System umzustellen.

Herr Dr. Wend sagte, dass das Problem weiterhin besteht und es vielleicht ein Informationsproblem ist.

Herr Paulsen sagte, dass es kein Informationsproblem war. Die Stadt hat zu Beginn des Projektes die Schulen informiert und die Träger waren zwischenzeitlich auch an den Schulen unterwegs und haben mit diesen Kontakt aufgenommen.

zu 9.5 Anfrage des Stadtrates Dr. Detlef Wend zur Passage Maritim Hotel

---

Herr Dr. Wend bezog sich auf Personen die offensichtlich in dieser Passage mit Drogen gedealt haben. Er fragte, wie oft in dieser Passage Kontrollen durchgeführt werden.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass die Polizei und das Ordnungsamt dort regelmäßig kontrollieren.

zu 9.6 Anfrage des Stadtrates Alexander Raue zur JVA

Herr Raue bezog sich auf die JVA und die Wertschöpfung durch Haftanstalten. Er fragte nach der aktuellen Wertschöpfung durch die Haftanstalten in der Stadt, insbesondere in Bezug auf Aufträge und wirtschaftliche Vorteile, die die Stadt daraus zieht.
Weiter bezog er sich auf die Nachnutzung des Gebäudes „Roter Ochse" und thematisierte die zukünftige Nutzung des denkmalgeschützten Gebäudes, wenn es ins Eigentum der Stadt übergeht. Er fragte, ob ein Museum oder eine andere wirtschaftlich sinnvolle Nutzung geplant ist.

Herr Rebenstorf bezog sich auf die Nachnutzung der Liegenschaften und plädierte für eine geordnete und zeitgleiche Planung der Nachnutzung der alten Liegenschaften, während ein neuer Standort für die JVA an der Posthornstraße entwickelt wird. Er wies darauf hin, dass es nach einem Umzug wieder zu jahrelangen Leerständen kommen kann.
Weiter bezog er sich auf die Planungshoheit und Zusammenarbeit und betonte, dass die Stadt gemeinsam mit dem Land über zukünftige Nutzungen diskutieren sollte, um die Planungshoheit zu wahren und sinnvolle Nutzungskonzepte zu entwickeln.
Er hob die Besonderheiten des „Roten Ochsen" hervor und sagte, dass der Standort aufgrund seiner historischen Bedeutung sensibel behandelt werden muss.
Er verwies auf eine Informationsvorlage, die die wirtschaftliche Bedeutung der Liegenschaften thematisierte, und sagte, dass das Land dazu Daten zur Wertschöpfung liefern muss.

Herr Bürgermeister Geier sprach die Bedeutung des Gefängnisses für die Stadt und das Umland an. Er betonte, dass der Betrieb eines Gefängnisses mit mehreren hundert Insassen verschiedene Auswirkungen auf die Umgebung hat. Er sagte, dass die Verantwortung, die genauen wirtschaftlichen Effekte und Wertschöpfungen zu berechnen, beim Land liegt.

Herr Raue sagte, dass das Land eine Übersicht über die Aufträge, die es in den letzten zehn Jahren an die regionale Wirtschaft vergeben hat, bereitstellen sollte. Diese Informationen wären hilfreich, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Haftanstalten besser einschätzen zu können.

zu 10 Anregungen

zu 10.1 Anregung des Stadtrates Tim Kehrwieder zum Veteranentag am 15.06.2025

Herr Kehrwieder wies auf den Veteranentag am 15. Juni hin, wo der Bund eine Veranstaltung plant und es den Kommunen frei lässt, eigene Veranstaltungen zu organisieren. Er regte an, zu prüfen, ob auch in Halle eine eigene Veranstaltung zum Veteranentag durchgeführt werden könnte und welche Ideen dafür in Betracht gezogen werden könnten.

Herr Paulsen sagte, dass die Stadt bereits über eigene Ideen nachdenkt und sich beteiligen möchte.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Herr Bürgermeister Geier bedankte sich bei dem Gremium für vier Jahre gute Zusammenarbeit im Hauptausschuss.

Herr Bürgermeister Geier bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Egbert Geier Bürgermeister	Maik Stehle Protokollführer